

„Ein KI-Seepferdchen ist für mich nicht nur Zeitverschwendung, sondern sogar ein Vergehen an der Bildung der Kinder.“

Bündnis für
HUMANE BILDUNG

Interview mit Prof. Dr. Klaus Zierer zu den Handlungsempfehlungen der Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“

Die von der Bundesregierung beauftragte Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ legte am 24.06.2026 Handlungsempfehlungen vor. Prof. Dr. Klaus Zierer war Mitglied in der Kommission. Die Kommission empfiehlt den Einsatz digitaler Medien bereits ab den Kitas, schlägt ein KI-Seepferdchen für Grundschulen vor und eine Altersgrenze für Social Media Verbote bis zum 13. Lebensjahr. Nach Auffassung des Bündnisses für humane Bildung verfehlte die Kommission damit ihren eigentlichen Auftrag: den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Risiken digitaler Medien. Prof. Klaus Zierer war bereit, in seiner Funktion als Ordinarius für Schulpädagogik, unsere kritischen Fragen zu beantworten.

Bündnis für humane Bildung: Herr Zierer, Sie sind selbst Vater schulpflichtiger Kinder, waren Grundschullehrer und sind heute Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg, bilden also zukünftige Lehrkräfte aus. Und Sie sind einer der wenigen, aktiven Kritiker deutscher Bildungspolitik und deswegen auch in die von Frau Prien beauftragte Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ berufen. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation an deutschen Schulen – aus diesen ganz unterschiedlichen Perspektiven, insbesondere auch die Auswirkungen, die die Digitalisierung dabei spielt?

Klaus Zierer: Meine Position ist eindeutig: Wir stecken mitten in einem Bildungsnotstand. Leider sehen das Verantwortliche in der Bildungspolitik und Bildungsverwaltung anders. Nur ein Beispiel: Derzeit feiert jedes Bundesland wieder die besten Abiturnoten aller Zeiten und gaukelt damit den Bürgern vor, dass im Bildungssystem alles im Lot sei. Das ist aber schlicht und ergreifend Unsinn. Denn seit Jahren weisen alle Studien, die sich mit Bildung befassen, nur in eine Richtung: nach unten. Ob es Lernleistungen sind, ob es die psycho-somatische Verfassung oder ob es die körperliche Konstitution ist, wir stecken in einer Talfahrt, die für Deutschland dramatisch ist. Denn Bildung ist in Deutschland der Schlüssel zu Wohlstand. Gerade in einer Phase, in der auch die Wirtschaftsleistung zurückgeht, wäre ein starkes Bildungssystem notwendig, um aus der Krise zukommen. Das Gegenteil ist aber der Fall, so dass zu befürchten ist, dass sich der Abwärtstrend weiter verstärken wird. Digitalisierung ist in diesem Zusammenhang, man muss angesichts der Studienlage so drastisch formulieren, ein Brandbeschleuniger.

? Die von der Bundesregierung beauftragte Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ hat am 24.06.2026 ihre Handlungsempfehlungen vorgestellt. Sie waren Mitglied der Expertenkommission. Doch erkennen wir in den Hand-

lungspitionen Ihre Positionen eher nicht!? Sie haben sich z.B. bisher für eine Rückgängigmachung der Digitalisierung an Schulen ausgesprochen, die Kommission schlägt das Gegenteil vor. Das Lernen mit digitalen Medien soll schon ab der KiTa beginnen, KI bereits in der Grundschule. Wie das?

Man darf sich die Arbeit in einer Kommission nicht so vorstellen, dass am Ende des Tages alle einer Meinung sind. Gerade bei der Digitalisierung ist das so. Eine Stärke der Kommission ist sicherlich in der interdisziplinären Zusammensetzung zu sehen, weil dadurch viele Perspektiven zusammenkommen. So gibt es eine Reihe von vernünftigen Handlungsempfehlungen. Es gibt aber auch einige Handlungsempfehlungen, die ich für unzureichend sehe. Der Vorschlag zur Altersbeschränkung von sozialen Medien, der Umgang mit den Smartphones und digitalen Endgeräten sowie den Einsatz von KI in der Schule sehe ich anders. Hier hatte und habe ich eine dezidiert andere Meinung.

? Die Kommission sagt nicht einfach „mehr Digitalisierung“, sondern verbindet das mit einem Schutzkonzept. So gibt es in den Handlungsempfehlungen das Kapitel „Selbstregulation“, das nahelegt, schon Kleinkinder könnten bei richtiger Medienerziehung immun gegen Risiken und damit fit für eine frühe Nutzung gemacht werden und es wird eine Social Media Begrenzung bis 13 Jahre gefordert.

Selbstregulation ist ein wichtiges Bildungsziel, das Schritt für Schritt anzubahnen ist. Aber aus pädagogischer Sicht muss man schon erkennen, wozu das Kind in der Lage ist. Von einem Dreizehnjährigen zu verlangen, jetzt zügle deinen sozialen Medienkonsum, ist lächerlich. Er kann es nicht können, weil er zum einen keine Chance gegen das süchtig machende Design hat und zum anderen seine Gehirnentwicklung noch nicht so weit ist, dass er es können kann. Entscheidend für Selbstregulation, gerade im Umgang mit sozialen Medien, ist der präfrontale Kortex, der im Schnitt bis zum 24. Lebensjahr braucht, um vollständig ausgereift zu sein. Und ganz ehrlich: Ich finde es immer sehr wirr, wenn Erwachsene von Kindern etwas verlangen, was sie selbst nicht können. Ein Blick auf die Regierungsbänke reicht aus, um das zu erkennen: Was hier gewischt wird und nichts mit der parlamentarischen Debatte zu tun hat, ist erschreckend.

? Über die notwendige Regulierung sozial nur genannter Medien wird weltweit diskutiert. Auch unsere Nachbarländer arbeiten mit klaren Altersgrenzen, meist 16 Jahre. Die Kommission hingegen legt sich nicht fest, spricht sogar von 13 Jahren, was die Anbieter freut, das stünde ja so schon in den AGBs. Das ist genau das Alter, in dem Kinder maximal vulnerabel und beeinflussbar sind, sich vom Elternhaus lösen, nach Peers suchen. Und in diesem Alter schickt man sie ins Netz statt in den Sportverein oder ins Jugendzentrum?

Aus schulpädagogischer Sicht bin ich ganz klar für eine spätere Altersbegrenzung, am besten ab 16 Jahren, wie es der internationale Diskurs ja offenbart, weil wir heute schon wissen, dass die Folgen gerade für jüngere Kinder so dramatisch sind und wir sie kaum mit Erziehungsmaßnahmen auffangen können. Der Großteil der Studien weist darauf hin, dass ein zu früher Konsum von sozialen Medien maximalen Schaden auf die Persönlichkeitsentfaltung anrichtet, und zwar in nahezu allen Bereichen, die wir messen kön-

nen: Lernleistungen sinken, Einsamkeit nimmt trotz oder besser gesagt wegen vieler sozialer Kontakte zu, Depressionen schnellen in die Höhe, gesundheitliche Beeinträchtigungen des Bewegungsapparates werden ausgelöst, Kurzsichtigkeit nimmt zu und Aufmerksamkeitsspannen sinken. All das reicht für mich, um zu sagen: 13 Jahre ist zu früh, um Kinder in die sozialen Medien zu entlassen. Wir machen seit Jahren einen pädagogischen Fehler, indem wir glauben: Je früher, desto besser. Es gibt aus pädagogischer Sicht aber auch ein zu früh. Und im Umgang mit den sozialen Medien ist das der Fall.

? Australien hat den Anfang mit klaren Regeln, Ge- und Verboten gemacht: Kein Social Media vor 16. Die Presse berichtet süffisant, dass Verbote umgangen werden. Australien justiert daher, wie von Anfang an angekündigt, aufgrund der ersten Erfahrungen mit Verbot und Umgehung nach. Und nimmt die Anbieter in Haftung. Das ist aus unsrer Sicht der einzig logische und sinnvolle Schritt: Anbieterhaftung wie bei allen anderen Medien und Konsumgütern auch, oder?

Zunächst ist es nicht überraschend, dass ein Verbot von sozialen Medien in Australien holprig umgesetzt wird. Das hat technische Gründe und liegt zudem am Verhalten von Kindern und Jugendlichen, die natürlich an ihren Gewohnheiten festhalten wollen, häufig gar nicht mehr anders können und daher Verbote mit allen Möglichkeiten hintergehen wollen. Da muss man nachsteuern und das wird auch getan. Sicherlich wird das in naher Zukunft alles noch besser klappen. Es ist übrigens auch falsch, damit zu argumentieren, dass ein Verbot sinnlos sei, weil es hintergangen werden kann. Das ist das Wesen eines Verbotes und muss immer mitbedacht werden.

Die Vorteile eines Verbotes bleiben aber: Generell hat das Verbot zunächst den Effekt, dass ein Bewusstsein erzeugt wird, und zwar auf allen Seiten, bei den Kindern, den Eltern, den Lehrern. Wenn ein Verbot pädagogisch eingeführt wird, dann wird mit den Kindern, den Eltern, den Lehrern gesprochen. Es wird aufgeklärt, warum das Verbot gemacht wird, warum es nötig ist, und damit wird für Probleme sensibilisiert. Dabei ist nicht zu vergessen, dass es mit diesem Verbot schwieriger wird, an bestimmte Inhalte heranzukommen. Ein Verbot hat nie zur Folge, dass ein Missbrauch völlig unmöglich wird, aber es wird schwieriger. Wenn Kinder heute z. B. in den sozialen Medien unterwegs sind, dann sehen sie alles: sie sehen Gewalt, sie sehen Sexualisierung, sie sehen Kriegsszenen. Unreguliert sind soziale Medien ein offenes Fenster in die Welt, und zwar in die Abgründe der Welt, und das muss man zumachen. Damit das gelingt, sind sicherlich zwei Akteure besonders in Verantwortung zu nehmen:

- Erstens müssen die Betreiber der Plattformen in Verantwortung gezogen werden, um Zugänge datenschutzkonform zu regulieren und auch in die Haftbarkeit für Inhalte zu kommen.
- Zweitens sind die Hersteller der Technik mit einzubeziehen, weil sie mittels Voreinstellungen es Eltern und Schulen erleichtern können, digitale Geräte für die Kinder bereitzustellen. Erst dann kann Erziehung und Unterricht wirken. Wer heute noch glaubt, dass Medienerziehung alleine das Problem lösen wird, der ver-

kennt die Mechanismen hinter den sozialen Medien, denen Kinder wie Eltern gleichermaßen ausgesetzt sind.

? Sie fordern Verbote bis 16. Dem setzt die CDU - Digitalpolitikerin und Co-Vorsitzende der Kommission Nadine Schön entgegen, man setze mit den Empfehlungen nicht auf strikte Verbote, sondern auf Schutz, Befähigung und Teilhabe. Schutz wird verstanden als geschützte, begleitete Nutzung digitaler Geräte, nicht als Verbote, die als paternalistisch abgelehnt werden.

Aus schulpädagogischer Sicht ist zunächst wichtig zu erkennen, dass Schutz, Teilhabe und Befähigung je nach Situation unterschiedlich gewichtet werden müssen. Wir haben Situationen gerade bei Kleinkindern, wo ganz klar der Schutz überwiegt und dann keine Teilhabe stattfindet. Und ich glaube, das muss man auch verstehen, wenn man dann über Altersbegrenzung und über Regulierungen spricht. Regulierungen beinhalten immer Verbote in bestimmten Bereichen und gleichzeitig aber auch eine schrittweise Einführung zu mehr Teilhabe und mehr Befähigung gleichzeitig. Wer in der Erziehung Verbote als paternalistisch bezeichnet, der hat aus meiner Sicht den Kern von Erziehung nicht verstanden. Es geht um Verantwortung der älteren Generation gegenüber der jüngeren Generation. Und ja, Verantwortung, nicht Paternalismus erfordert es, dass es auch Verbote geben muss.

Der Grund für diesen Irrweg, Schutz, Teilhabe und Befähigung gleichberechtigt nebeneinander zu sehen, ist in einem falsch verstandenen pädagogischen Liberalismus zu sehen, der daran glaubt, dass der Mensch als freies Wesen doch nur durch Selbstbestimmung zur vernünftigen Freiheit gelangen kann. So richtig das Ziel ist, so falsch ist der Weg. Denn der Weg ist hier nicht das Ziel. Bildungswirksame Erziehung kommt ohne Regeln und damit auch ohne Verbote nicht aus. Mit anderen Worten: Die Freiheit muss eingeschränkt werden. Eigentlich müsste man hierzu nicht, weil es bekannt sein sollte, Immanuel Kant zitieren, der die wichtige Frage stellt: Wie kultiviere ich die Freiheit bei dem Zwange?

Es würde ausreichen, das tagtägliche Erziehungsgeschehen zu reflektieren, um zu erkennen, dass Freiheit ohne Regeln schnell zur Anarchie oder gar Tyrannei wird und für die Bildung nur schädlich ist. Für die Zukunft wird wichtig sein, dass wir diese Wechselwirkungen von Schutz, Teilhabe und Befähigung erkennen, die sich aber manchmal ausschließen und manchmal klarer Entscheidungen bedürfen. Und ich glaube, da müssen wir noch mal vernünftig in die Debatte gehen, um hier eine Lösung auch für Deutschland zu finden.

? Die Kommission hat sich festgelegt. So formuliert sie im Gutachten: „Grundsätzlich ist (digitale) Medienbildung eine Bildungsaufgabe von Kindertageseinrichtungen (SWK, 2022). In den Kindertageseinrichtungen bieten sich vielfältige Möglichkeiten mit Blick auf die Nutzung digitaler Medien, die Förderung von „Digital Literacy“ und frühe Elementarinformatik, sofern sie kindorientiert, mit Bedacht und qualifiziert erfolgen.“ (S. 72) Deshalb müssten Kinder den Umgang mit digitalen Medien schon ab der Kita lernen, Verbote seien nicht notwendig, weil „das Risiko paternalistischer Herangehensweisen

(damit sind Verbote gemeint, d. Verf.) zumindest dem Anspruch nach reduziert ist, weil es stets um die Befähigung zu eigenständigem Umgang auch mit Gefährdungen geht.“ (S. 84)

Als Schulpädagoge sehe ich das ganz anders und sage klar: Digitale Medien haben in der KiTa nichts, aber auch gar nichts verloren. Jonathan Haidt hat deutlich herausgearbeitet, wie wichtig eine spielbasierte Kindheit ist, mit echten Erfahrungen und Begegnungen, und wie gefährlich eine bildschirmbasierte Kindheit ist. Wir haben heute schon die spielbasierte Kindheit an vielen Stellen einer bildschirmbasierten Kindheit geopfert, mit bereits sichtbaren Problemen: Sprachdefizite, motorische Schwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und soziale Probleme zuhauf, wie es die Schuleingangsuntersuchungen in den Ländern zeigen. Ich frage mich manchmal, ob das keiner sieht? Seit zehn Jahren nehmen entsprechende Diagnosen zu und der Faktor, der am meisten die kindliche Lebenswelt verändert hat, ist Digitalisierung. Das Gebot der Stunde lautet daher: Die digitale Transformation, wie es nichtssagend heißt, muss nicht weiter ausgebaut werden, sie muss gestoppt werden.

? Die Kommission setzt dagegen auf eine frühe Selbstregulation, wie der Vorschlag für ein KI-Seepferdchen deutlich macht. Schon in der Grundschule sollen die Kinder den Umgang mit KI lernen. Welche Folgen wird das haben, für den Unterricht und für die Lernentwicklung der Kinder?

KI-Seepferdchen ist für mich als Schulpädagoge ein Unding. Kinder können nicht mehr schwimmen, aber in der Welt der KI bekommen sie jetzt ein Seepferdchen. Das ist von der Begrifflichkeit schon schräg. Und schaut man in die Grundschule, dann ist der Bildungsnotstand doch nicht darin zu sehen, dass Kinder KI verstehen lernen sollen. Die Kinder sollen erst einmal Lesen, Rechnen, Schreiben lernen, sich selbst und die Klassengemeinschaft verstehen, den eigenen Körper erfahren, Sport treiben und toben, toben, toben. Und nur am Rande: Wer von den Erwachsenen weiß schon, was KI so macht? Erneut sollen also Kinder was lernen, was Erwachsene selbst gar nicht können und auch nicht wissen. Ein KI-Seepferdchen ist für mich daher nicht nur Zeitverschwendung, sondern sogar ein Vergehen an der Bildung der Kinder.

? Sie lehnen die Einführung von KI an Schulen ab, begrüßen die Positionierung von Papst Leo XIV. in seiner Enzyklika und schreiben „Durch Bildung KI entwarnen!“: "Die KI-Besoffenheit von Bildungspolitik, Schulaufsicht und einem großen Teil der Erziehungswissenschaften wirkt derzeit wie ein Brandbeschleuniger nach Jahren des Zündelns mit dem Feuer der Digitalität, das bereits großen Schaden angerichtet hat. Das Haus der Schule muss neu gebaut werden." Doch die Kommission und v.a. [Bertelsmann zusammen mit Ministerien](#) befürworten, dass Schüler KI einsetzen. Welche Folgen befürchten Sie?

Die Folgen sind ganz einfach und heute schon sichtbar, wie eine [MIT-Studie](#) gezeigt hat: Menschen, die KI regelmäßig nutzen, gewöhnen sich an die Technik und hören über kurz oder lang auf zu denken. Das wurde in neuronalen Untersuchungen damit illustriert, dass das Hirn der Menschen mit KI so gut wie keine Aktivität beim Textverfassen

zeigt. Da das Denken aber die wesentliche Form der Welterschließung des Menschen ist, folgt daraus, dass ein Mensch, der nicht mehr denkt, auch nicht mehr existiert. Wenn Maschinen bestimmen, was wir tun, wenn sie für uns denken und unsere Urteilskraft einschränken, wenn sie sogar für uns Entscheidungen treffen, weil wir in eine selbstverschuldete Unmündigkeit gefallen sind, dann ist Bildung am Ende. Werden Kinder zu früh mit KI konfrontiert oder sogar in ihre Fänge getrieben, so ist der Schaden noch viel größer als bei Erwachsenen. Denn das Kind lernt in der Schule das Denken. Dabei gilt: Denken lernt man nur beim Denken. So wie heute KI eingesetzt wird an Schulen, nimmt es den Kindern vielfach das Denken ab. Allein KI als kritischen Freund oder als digitalen Knecht zu sehen, könnte ein Weg sein, aber der setzt wiederum ein enormes Maß an Selbstregulation voraus, das viele Erwachsene nicht haben. Die peinlichen Berichte über die Reden und Aufsätze von so manchem Politiker aus den vergangenen Wochen zeigen das.

? Eine Empfehlung der Kommission ist ein Handyverbot in der Schule bis zur siebten Klasse. Wer mit Jugendlichen arbeitet, weiß, dass die siebte, achte, neunte Klasse in allen Schulformen eine extrem anspruchsvolle und konflikträchtige Zeit für Eltern, Erzieher, Pädagogen ist. Es ist der Übergang vom Teenie (ca. 10 bis 15 Jahre) zum Teenager (ca. 13 bis 19 Jahre) mit der Ablösung vom Elternhaus, der von einer großen Unsicherheit, körperlichen Veränderungen (Pubertät) und der Suche nach Bestätigung und neuen Vorbildern (Peers) geprägt ist. Der Vorsitzende der Kommission wird im DLF mit der Aussage zitiert: „Wenn die Jugendlichen 13 Jahre alt sind, dann sind sie in der siebten oder achten Klasse. Die sind voll in der Zeit der Identitätsentwicklung drin. Sie lösen sich von ihren Eltern ab, sie wenden sich den Peers zu, sie erkunden die Welt und zu dieser Welt gehört auch die digitale Welt.“ (DLF, 24.6.2026) Ist es da nicht fahrlässig, gerade diesen verunsicherten jungen Menschen Bildschirme anzubieten, hinter denen sie sich verstecken, und sie ins Internet zu lassen, wo sie sehr schnell alles finden und sehen, was man sich an Gemeinheiten und Grausamkeiten ausdenken könnte?

Aus der Entwicklungspsychologie wissen wir doch, dass es „das“ Alter 13 für alle gar nicht gibt. Manche sind früher dran, manche später. Allein deswegen ist eine Altersgrenze mitten in der Pubertät unsinnig und gefährlich.

? In Deutschland wird unentschlossen debattiert, Verbot oder nicht, bis 13 oder 16, während andere Länder schon längst handeln.

Obschon auch sie nur mit Wasser kochen, lohnt ein Blick auf die besten Bildungseinrichtungen der Welt, um zu sehen, was dort anders läuft. Wer dies derzeit macht und die [Debatten an der Harvard University](#) verfolgt, wird innehalten müssen: Diskutiert wird nichts weniger als ein Verbot aller digitalen Geräte in den Seminarräumen. Während also in den Leuchttürmen der Bildungslandschaft erkannt wird, wie schädlich digitale Medien sind, wird in ihren Niederungen nach wie vor in eine Richtung gearbeitet: noch mehr digitale Medien.

? Ministerin Prien nannte es einen entscheidenden Schritt, dass die Kommission das sogenannte Recht auf digitale Teilhabe sogar juristisch durchsetzen will, mit der Einfügung des Begriffs „digitale Vernachlässigung“ in das Familienrecht. Heißt dies eventu-

ell, dass Eltern, die Kinder nicht mit dem Smartphone erziehen, oder Schulen, die auf Bildschirmfreiheit bestehen, ein neuer Straftatbestand: "Digitale Vernachlässigung" droht? Wie wurde das in der Kommission diskutiert? Klären sie uns auf!

Laut Grundgesetz haben die Eltern das natürliche Recht der Erziehung der Kinder. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Handlungsempfehlung daran rütteln mag. Und falls doch, wird es die Justiz schnell kassieren. Was ich darunter verstehe, ist vielmehr, dass Eltern ihre Rolle auch im Kontext einer Digitalisierung bewusst gemacht werden muss. Wenn Eltern mehr mit ihrem Handy spielen als mit den Kindern, wenn sie Kinder sinnlos vor Endgeräten parken und dergleichen mehr, dann sind das Fälle einer digitalen Vernachlässigung. Es spricht nichts dagegen, auch mit Kindern gemeinsam einen Film anzuschauen oder auch bewusst eine Sendung den Kindern zu erlauben. Es kommt also auf die Erziehungsverantwortung der Eltern an und diese würde ich unter dieser Handlungsempfehlung sehen. Ein Zwang, die Kinder jetzt irgendwie mit digitalen Medien zu konfrontieren, sehe ich nicht und falls doch, ist er natürlich völlig abzulehnen.

? „Schritt für Schritt an Medienmündigkeit heranzuführen“ – das fordert die Kommission ja auch, ein umfassendes Präventions- und Schutzsystem zur Selbstregulation, Aufklärung bis zur Therapie wird vorgeschlagen, beginnend in der Familie und der Kita. Reicht Ihnen das nicht aus?

Wichtig ist aus meiner Sicht, dass nicht nur den Eltern ihre Verantwortung deutlich gemacht wird, sondern auch die Tech-Konzerne in die Pflicht genommen werden. Heute sehen wir doch, dass Eltern, die verantwortungsvoll ihre Kinder an digitale Medien heranzuführen wollen, an der Hard- und Software scheitern, weil diese bewusst so entwickelt ist, dass sie die Nutzer möglichst lange mit irgendwelchen unsinnigen Inhalten beschäftigen will. Insofern braucht es mehr als Angebote zur Entwicklung von Selbstregulation. Dazu sind einige Handlungsempfehlungen formuliert.

? Kommen wir nochmals zu den Auswirkungen auf die Schule. Wir bekommen den Verdacht nicht los, dass die Kommission Gefälligkeitsgutachten für die Bundesregierung lieferte. Im Koalitionsvertrag ist der Digitalpakt 2.0 für das KI gestützte, autonome adaptive Lernen vereinbart, das auf den Daten der Schülerinnen und Schüler beruht. Dafür wird die Schüler-ID eingeführt. Mit ihren Handlungsempfehlungen sichert die Kommission genau dieses Konzept ab. Wie sehen Sie das?

Aus schulpädagogischer Sicht ist weder KI ein Heilsbringer, noch eine Schüler-ID. Gerade letztere sehe ich kritisch, weil sie ein Spiegelbild des Allmachtsglaubens einer evidenzbasierten Steuerung des Bildungssystems ist. Nicht erst seit PISA wissen wir aber, dass sich Bildung nicht gänzlich steuern lässt, dass Bildung jenseits von Standards stattfindet, dass Bildung Aspekte umfasst, die sich nicht messen lassen, dass Bildung Handlungsspielräume erfordert. All das wird verkannt und die Bildungspolitik ist hier blind. So lange wir kein Bildungsverständnis haben – und ich meine hier wirklich ein Verständnis von Bildung, das dem Menschen gerecht wird und nicht irgendwelchen Methoden des Messens oder irgendwelchen Medien – kommen wir aus diesem Irrtum nicht heraus. Ob

das Ganze dann ein Gefälligkeitsgutachten ist, kann ich nur für meine Rolle zurückweisen.

? Ist die Orientierung auf die frühe Nutzung digitaler Medien nicht auch darauf zurückzuführen, dass Vertreter der empirischen Pädagogik die Kommission dominierten? Diese Pädagogen vertreten, Bildungssteuerung beruhe auf Daten. Unterricht müsse vermessen sein. Aus dieser Position heraus ist es doch nur logisch, dass man bereits ab der Grundschule über Tablets Daten sammelt. Sie kritisieren in Ihrem neuen Buch: „Das Problem ist jedoch, dass derzeit nur noch das zu zählen scheint, was zählbar ist. Allerdings kann nicht alles, was zur Bildung gehört, gezählt werden und nicht alles, was gezählt wird, ist relevant für Bildung“ (Eklektische Pädagogik, S.55). An anderer Stelle nennen Sie diese Reduktion als inhuman. Sind die Handlungsempfehlungen nicht Ausdruck dieser Daten-Messies?

In jedem Fall fehlt es in der Bildungspolitik, in der Kommission und in der Pädagogik schon länger an einer humanen Betrachtungsweise. Wir sind seit dem ersten PISA Schock nur noch rechnend unterwegs und vergessen dabei, dass der Mensch nicht nur aus Zahlen besteht. Schon Martin Heidegger hat deutlich gemacht, dass ein rechnendes Denken dem Menschen nicht entspricht und durch ein besinnliches Denken ergänzt werden muss. Und zuletzt hat Hartmut Rosa diesen Gedanken formuliert, in dem er Konstellationen, also eine Lebenswelt, die klar gesteuert wird und nur noch den Vollzug zulässt, Situationen gegenüberstellt, in denen der Mensch Handlungsspielräume hat. Bildung braucht letzteres mehr denn je. Mit Zahlen allein kommen wir nicht aus der Bildungskrise, sondern schlittern noch weiter hinein.

? „Nur noch rechnend unterwegs“, kritisieren sie. Der Think Tank der Digitalisierung von Schule, das IPN in Kiel, sieht darin die Zukunft. Das „eigentliche Potential digitaler Technologien“ liege darin, so das IPN, dass sich die „anfallenden (Schüler-) Daten nutzen lassen, um die Lernverläufe von Schülerinnen und Schülern zu rekonstruieren, die Effektivität der Lernverläufe im Hinblick auf die Entwicklung angestrebter Kompetenzen zu bestimmen und Ursachen mangelnder Effektivität zu identifizieren, um Schülerinnen und Schüler individuell in ihrem Lernen unterstützen zu können.“ (IPN-Journal 11/24) KI als Feedback-System könne sogar, z.B. bei der Aufsatzkorrektur, den Lehrer ersetzen. Sie haben parallel zu den Beratungen der Kommission 4 Verbote öffentlich im Schulportal der Robert-Bosch-Stiftung definiert, die eine solche Entwicklung unterbinden. Können Sie diese nochmals darlegen?

Erstens ist ein Verbot privater Smartphones an den Schulen überfällig, das ganz einfach zu klären wäre. Denn kein Schüler, keine Schülerin und auch keine Lehrkraft braucht im Unterricht das private Gerät. Wer digital unterrichten möchte, soll dienstliche Geräte nutzen, die von den Ministerien zur Verfügung gestellt und eingerichtet werden müssen. Damit würde auch das Kernproblem von Smartphones wegfallen: Sie lenken ab, binden Aufmerksamkeit und verhindern Lernen. Der Brain-Drain-Effekt durch Smartphones, der gezeigt hat, dass allein schon die Anwesenheit des privaten Geräts Bildungsprozesse stört, ist der Klassiker in diesem Kontext und mittlerweile zigfach repliziert. Immer mehr Schulen, auch in Deutschland, berichten zudem, was die Forschung bereits

belegt hat: dass nämlich Smartphone-freie Schulen funktionieren. Die empirische Bildungsforschung zerlegt den Glauben an ein Je-früher-desto-besser.

Zweitens ist es an der Zeit, den Tablet-Wahn zu stoppen, der eigentlich nur einer Klientel nützt: Apple und Co. Denn pädagogisch betrachtet steht außer Frage, dass die Kernkompetenzen des Lesens und Schreibens in Mitleidenschaft gezogen werden. Denn das Medium verändert die Art und Weise, wie Menschen denken. Die Folge eines zu frühen Einsatzes von Tablets im Lernprozess ist, dass sich vertieftes Lesen und Schreiben, das vor allem beim Lernen wichtig ist, nicht mehr ausbildet. Damit zerlegt die empirische Bildungsforschung den Glauben an ein Je-früher-desto-besser, weil Lesen und Schreiben gerade in der Phase des Kompetenzerwerbs – und damit sicherlich bis ins 16. Lebensjahr hinein – bildungswirksamer vorstättengeht, wenn analoge Medien zum Einsatz kommen.

Drittens ist an den Schulen eine altersbegrenzte Nutzung von Social Media notwendig. Es ist der große Verdienst des US-amerikanischen Sozialpsychologen Jonathan Haidt, einen umfassenden Blick auf den Einfluss sozialer Medien vorgelegt und eine klare Empfehlung aus evidenzbasierter Sicht formuliert zu haben: Schülerinnen und Schüler müssen vor Social Media geschützt werden. Schon aufgrund ihrer neurologischen Entwicklung können sie die damit verbundenen Gefahren nicht allein meistern (und übrigens auch viele Erwachsene nicht). Wer hier als Kritik ins Feld führt, dass es aber doch keine Kausalketten gebe, wird lange warten – und verkennt den Erziehungsauftrag. Denn es gibt so gut wie keine Kausalketten in der Erziehung, dafür aber die pädagogische Verantwortung, im Hier und Jetzt zum Wohl der Kinder und Jugendlichen zu handeln – ja handeln zu müssen! Nichts zu tun und nur zu hoffen, dass die junge Generation das schon hinkommt, ist die naivste Form, weil sie blind gegenüber Forschung und Theorie ist.

Und viertens bedarf die KI der Regulierung. Zweifelsfrei sind die technischen Entwicklungen im Bereich der KI mehr als beeindruckend. Die Leistungsfähigkeit der großen Sprachmodelle (Large Language Models) wie ChatGPT übertrifft vielfach das, was Kinder, Jugendliche und auch so manche Erwachsene können. Aber das Ziel von Bildungseinrichtungen ist, dass der Mensch das Denken lernt und sich bildet. Es nützt dem Menschen nichts, wenn der Rechner die an ihn gestellten Denkaufgaben in Sekundenschnelle erfüllt und ihm Stunden später außer der Lösung nichts mehr bleibt. Das Gehirn verkümmert, wie eine MIT-Studie jüngst eindrucksvoll gezeigt hat.

? Bleibt natürlich noch eine Frage offen, die nach der Verantwortung der Plattformen, ihrer Regulierung. Laut den Empfehlungen wird von den Plattformen unter anderem gefordert, geschützte Grundeinstellungen für Minderjährige einzuführen, süchtig machendes Design zu verbieten. Könnte so nicht auch ohne ein pauschales Verbot für Kinder und Jugendliche der Schutz in der digitalen Welt in sozialen Medien verbessert werden?

Diese Verantwortung der Plattformen würden zumindest aus Sicht der Eltern vieles erleichtern, weil die heutige Einstellung vielfach überfordert. Weder ist bei allen Eltern die Zeit, noch das Interesse da, zudem ist Problembewusstsein nicht bei allen gegeben, um die Kinder familiär zu schützen. Wenn also die Grundeinstellung schon eine Schutzeinstellung wäre, dann wäre das durchaus sinnvoll. Aber das Ganze reicht nicht aus, weil Kinder auch bestimmte Sachen hintergehen können, weil sie Schlupflöcher finden und so weiter und so fort. Deshalb werden alle Akteure einen Beitrag leisten müssen, um die Kinder auch wirklich zu schützen. Allen voran die Betreiber und Tech-Konzerne, dann die Eltern und die Schulen.

? Seit November 2022 wird intensiv über generative Künstliche Intelligenz (genAI) diskutiert. KI als Automatisierungstechnik ist seit mehr als 70 Jahren Teil der Wissenschaft und Wirtschaft. Aber genAI macht jetzt, was bislang Menschen gemacht haben: Man kann damit Texte, Bilder oder Videos erstellen. 33 Tausend Experten aus der IT und Wissenschaft warnen vor möglichen Folgen für den Einzelnen wie die Sozialgemeinschaft. Denken abgeben, wurde das in der Kommission reflektiert?

Der Diskurs in der Öffentlichkeit ist meist so, dass man sich daran ergötzt, was die Technik kann. Dann wird berichtet, wie toll es doch sei, wenn ein Mittelschüler in der siebten Klasse mit KI einen tollen Text produziert und als Beweis genommen, wie wirksam KI ist. Das halte ich für naiv, denn in dieser Situation sehe ich nicht, was der Schüler kann, sondern was die Technik zu leisten imstande ist. Denken ist der Zugang des Menschen zu sich und zur Welt. Wer dieses an KI abgibt, der denkt also nicht mehr nur, er hört auch auf zu existieren. Mich überrascht es aber nicht, dass solche Zusammenhänge nicht verstanden werden. Wer den ganzen Tag nur Zahlen von einer Seite auf die andere schiebt, hat bereits selbst das Denken verlernt.

? In Bayern werden neue Prüfungsformen diskutiert, mit KI und Bots und technischen Geräten. Brauchen wir keine Prüfungen mehr, die man nur mit dem eigenen Verstand löst?

In Zeiten einer zunehmenden Digitalisierung der Lebenswelt ist man im bayerischen Schulministerium der Auffassung, dass auch die Prüfungskultur zu ändern und an die Kultur der Digitalität anzupassen ist. Was genau unter der Kultur der Digitalität zu verstehen ist, erfährt man nicht. Dafür aber sollen zukünftig weniger schriftliche Leistungsnachweise verlangt werden und durch neue Prüfungsformate ersetzt werden können. Genannt werden unter anderem das Erstellen von Podcasts und Erklärvideos.

Auf den ersten Blick mag eine solche Reform modern wirken, geht sie mit dem Zeitgeist. Aber wie so oft, kommt es gerade in der Pädagogik darauf an, nicht mit dem Zeitgeist zu gehen. Denn in der Pädagogik ist der Mensch das Maß und nicht der Zeitgeist. So werden auf den zweiten Blick die Probleme der neuen Prüfungskultur schnell sichtbar und zeigen auf, dass das bayerische Schulministerium auf einem Holzweg ist. Erstens verbringen Schüler laut Postbank Digitalstudie knapp 70 Stunden in der Woche vor Bildschirmen. Jetzt kommen weitere Stunden in der Schule hinzu. Grund dafür ist ein

Digitalisierungswahn, dem jegliche empirische Grundlage fehlt. Das galt für die 1:1 Ausstattung der Schüler mit Tablets und es gilt für die neuen Prüfungsformate. Weder Pod-casts, noch Erklärvideos werden Bayern aus der Bildungsmisere katapultieren, in der sich die Schüler befinden. Seit Jahren gibt es bei den Lernleistungen nur eine Richtung: nach unten. Während also Bayerns Schüler immer schlechter werden, digitalisiert die Bildungspolitik immer weiter das Bildungswesen.

? Mit der Digitalisierung behauptet die Bildungspolitik aber, Schule an moderne Erfordernisse und neue Skills anzupassen, um die Schüler fit für die Realität zu machen.

Um am vorherigen anzuknüpfen: Formate wie Podcasts und Erklärvideos zeigen sich selbst in Zeiten einer digitalisierte Lebenswelt als Fähigkeiten, die vor allem Influencer brauchen. Ist das nun das neue Bildungsideal? Angesichts der peinlichen Auftritte von Politikern in den sozialen Medien kann man sich schon vorstellen, dass der Traum vom politischen Influencer lebt, aber für den Bildungsauftrag ist all das Unwesentlich und unterm Strich Zeitverschwendung. Denn mit diesen Formaten einher geht ein weiteres Absinken des Leistungsniveaus. Zwar lässt das bayerischen Schulministerium verlautbaren, dass am hohen Leistungsanspruch in Bayern nach wie vor festgehalten wird. Aber die neue Prüfungskultur kann dieses Versprechen gar nicht einlösen. Es ist hinlänglich erwiesen, dass mündliche und praktische Leistungen immer besser bewertet werden als schriftliche. Wer also schriftliche Leistungsnachweise zugunsten von mündlichen und praktischen Formaten reduziert, senkt das Anforderungsniveau. Wenn wir über die Gegenwart und Zukunft sprechen und vor dem Hintergrund Bildung verstehen wollen, dann ist zunächst einmal klar, dass keiner von uns weiß, was die Zukunft bringen wird. Wer hat 2005 vorhersagen können, dass ein Smartphone so stark die kindliche Lebenswelt beeinflussen wird? Wer hat 2015 gewusst, dass generative KI den Menschen das Denken abnehmen wird? Das Einzige, was wir wissen, ist, dass wir Menschen sind und unsere Existenz Wissen und Können, aber auch Herzens- und Charakterbildung erfordert. Wer die Schüler fit für die Realität machen möchte, der muss sie als Mensch in den Blick nehmen, unabhängig davon, was der Zeitgeist vorgaukelt. Dann sind die Schüler in der Lage, jede Herausforderung der Zukunft zu meistern.

? Die Folge der Nutzung von KI ist ja, dass man Texten von Schülern nicht mehr trauen kann. Statt KI zu verbieten, schwenkt man jetzt auf mündliche Formate um.

Genau, insofern kommen in Bayern ausgerechnet noch jene Formate als mögliche Leistungsnachweise in Betracht, die dort nun gar nichts verloren haben. Die Rede ist von der Debatte. So wichtig die Debatte gerade für eine Demokratie ist, so wichtig ist auch, dass diese am Ende des Tages eben nicht bewertet wird. Schüler berichten schon heute davon, dass Meinungsfreiheit an Schulen nicht so einfach ist und häufig auch ideologische Positionen dominieren. Wenn vor diesem Hintergrund nun eine Debatte benotet wird, dann kann das nur zu einer weiteren Anpassung aufseiten der Schüler führen. Kaum ein Schüler wird sagen, was er denkt, sondern er wird noch mehr das sagen, was der Lehrer hören möchte. Alles in allem reiht sich die neue Prüfungskultur in Bayern in

eine lange Liste an Maßnahmen ein, die nur eine Konsequenz haben: weniger Leistungsanspruch im Bildungssystem.

Auch in Bayern haben wir es derweil mit einer skurrilen Situation zu tun: Immer mehr junge Menschen gehen aufs Gymnasium, wo dann auch immer bessere Abiturschnitte über die Jahre zu verzeichnen sind. Aber gleichzeitig weisen empirische Studien, allen voran PISA, nach, dass die Lernleistungen sinken und immer schlechter werden. Soweit wie heute ist die schulische Prüfungskultur von den tatsächlichen Lernleistungen der Schüler noch nie entfernt gewesen. Die neue Prüfungskultur setzt diesen Trend fort. Die Kultur der Digitalität strotzt im Kern von Oberflächlichkeit und Egoismus. Sie weiterhin als Leitmotiv zu nehmen, wird nicht dazu führen, das bayerische Bildungswesen auf Vordermann zu bringen.

? Herr Zierer, Sie haben in Ihrer Pressemitteilung zur Enzyklika des Papstes geschrieben: „Die empiristische und technologische Hypertrophie hat die Schulen in eine schwere Krise gestürzt. Die PISA Studien zeigen das deutlich: Weltweit gehen die Lernleistungen zurück und verweisen auf eine globale Bildungskrise. Die KI-Besoffenheit von Bildungspolitik, Schulaufsicht und einem großen Teil der Erziehungswissenschaften wirkt derzeit wie ein Brandbeschleuniger nach Jahren des Zündelns mit dem Feuer der Digitalität, das bereits großen Schaden angerichtet hat. Das Haus der Schule muss neu gebaut werden.“ Welche Schritte sind notwendig, um das Haus neu zu bauen?

Aus meiner Sicht brauchen wir drei Aspekte: Erstens müssen wir uns gesamtgesellschaftlich wieder bewusst werden, was Bildung meint. In den letzten Jahren ist am Bildungssystem dermaßen viel herumgedoktert worden, dass vom Kern nichts mehr übrig ist. Digitalisierung ist hierfür ein Beispiel: Smartboards, Tablets, BYOD und dergleichen, all das hat die Schulen verändert, aber nicht verbessert. Ein weiteres Beispiel ist die Gleichheitsideologie, die versucht, am Ende des Tages alle Unterschiede, die Menschen so mitbringen, auszulöschen. So heißt es in Parteipapieren immer auch, dass der Bildungserfolg vom Elternhaus zu entkoppeln sei. Wer glaubt, dass das geht, hat nichts von Bildung verstanden. Der einzige Weg, das annähernd zu erreichen, wäre über Absenkung des Bildungsniveaus, also mehr Gleichheit durch Blödsinn für alle: Easy-Goethe, kein Sitzenbleiben mehr, keine unangekündigten Leistungsnachweise und vieles anderes mehr. Das kann hoffentlich keiner ernsthaft wollen! Bildung führt immer zu Ungleichheiten. Wer den Leistungsgedanken aus dem Bildungssystem regelrecht verbannt, sorgt gerade dadurch dafür, dass die Lotterie des Lebens ohne Erbarmen zuschlägt und die Ungleichheiten weiter zunehmen. Nicht die starken Kinder mit starken Eltern haben den Staat vor allem nötig. Sie können sich immer selbst helfen. Wenn das Bildungssystem auf Leistung verzichtet, leiden vor allem die Schwachen darunter. Daher braucht es Leistung und Anstrengung mehr denn je. Denn Leistung einzufordern ist nicht nur eine Frage der gesellschaftlichen Vernunft, sondern auch eine des Respekts gegenüber jedem einzelnen heranwachsenden Menschen. Es ist Ausdruck der Überzeugung, dass jeder etwas Wichtiges leisten und zugleich über sich hinauswachsen kann, obwohl alle verschieden sind. Gelungene Bildung zielt nicht darauf ab, Gleiche hervorzubringen. Sie versucht stattdessen,

durch Bildung den Unterschieden in der Welt und der Würde jedes Einzelnen gerecht zu werden. Die moralische Anerkennung besonderer Leistung trotz widriger persönlicher Umstände ist eines der Kernmerkmale guter Pädagogik. Dazu brauchen wir die motivierenden Pädagogen, nicht nivellierende Algorithmen.

? Herr Prof. Zierer, danke für Ihre Bereitschaft, auf unsere kritischen Fragen einzugehen und sich klar und mit den Thesen der letzten Sätze auch provokativ zu positionieren. Ihr neues Buch „Tyrannei der Gleichheit. Für mehr Gerechtigkeit in Schule und Gesellschaft“ als Vorschlag zur Überwindung der Bildungskrise steht auf unserer Leseliste.

Univ.-Prof. Dr. phil. habil. Klaus Zierer ist Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg.

Das Interview führten Prof. Dr. Ralf Lankau und Peter Hensinger M.A., die Sprecher des Bündnisses für humane Bildung (10.07.2026)

Kontakt: Ralf Lankau, Redaktion Pädagogische Wende

URL: <https://die-paedagogische-wende.de/>, eMail: die-paedagogische-wende@futur-iii.de



Neue Publikationen von Prof. Dr. Klaus Zierer